

Wie ein eroberertes Land

John Kornblum fordert Deutschland auf, seine Rolle im Bündnis zu überdenken.

Hat sich Angela Merkel in den vergangenen Wochen an Willy Brandt erinnert? Er hatte den Bau der Berliner Mauer als den Moment bezeichnet, „in dem wir unsere Illusionen verloren haben“.

Grund genug hätte sie gehabt. In den vergangenen Monaten sind in Deutschland Illusionen zuhauf geplatzt, einschließlich solcher über Amerika. Doch jetzt kommt die schwere Kritik der europäischen Partner dazu, die auch das Fundament der deutschen Identität ins Wanken bringt. Kritiker verweisen auf den Exportüberschuss Deutschlands, auf sein Beharren auf Ausgabekürzungen und die Rolle des Landes bei der Transformation der Nato in eine „Schattenallianz“, wie es ein Kommentator kürzlich nannte. Die „Neue Zürcher Zeitung“ sprach von einem neuen Biedermeier-Zeitalter in einem Land, das zu selbstständig sei, um seinen Reichtum mit anderen zu teilen.

Im Jahr 1961 wurde Willy Brandt von der Einsicht erschüttert, dass niemand außer den Deutschen selbst mehr den Traum von der Wiedervereinigung träumte. Das Ergebnis war die Ostpolitik. Welchen Weckruf braucht Deutschland heute? Die Lehren im Jahr 2013 ähneln überraschend denen von 1961 oder auch denen von 1913. Trotz der Nato und EU tut es sich noch immer schwer damit, sein Stabilitäts- und Sicherheitsbedürfnis mit den oft gegenläufigen Interessen seiner Partner in Einklang zu bringen.

Für ein Land, das sich seines Multilateralismus rühmt, ist das in der Tat eine bittere Pille. Mit einer Mischung aus Stolz und Ärger suchen die deutschen Kommentatoren nach einer klaren Botschaft. Amerika zu verurteilen hat eine Weile funktioniert, doch selbst den größten Gegnern der NSA-Kompetenzüberschreitungen gehen früher oder später die Argumente aus. Deutschland und seine Freunde sind sich nicht mehr einig, und Besserung ist nicht in Sicht.

Was tun? Zunächst gibt es auch in dieser Lage Positives. Zum ersten Mal in seiner Geschichte als Nationalstaat steht Deutschland auf der richtigen Seite. Nicht nur ist das Land von Freunden und Verbündeten umgeben, es genießt auch den Schutz der größten Weltmacht. Bedrohungen für seine Sicherheit sind indirekter, globaler Natur und für eine kontinentaleuropäische Macht schwer zu verstehen. Die Protektion der Amerikaner ist willkommen, doch hat sie ihren Preis. Ohne eine starke deutsche oder europäische Stimme werden sie nach ihren eigenen Gesetzen handeln, siehe NSA-Affäre. Der Mythos vom amerikanischen Abstieg aber ist bereits widerlegt.

Die deutsche Wirtschaft zählt zu den stärksten der Welt, und Deutschland wird in Umfragen immer wieder zum angesehensten Staat der Erde ernannt. Doch nichts von alledem hat dabei geholfen, zu einer angemessenen Führungsrolle zu finden. Ein Land, das sich seit beinahe 70 Jahren bemüht, „normal“ wie alle anderen zu sein, tut sich nun schwer damit, sich in die „Normalität“ anderer einzufügen. Die NSA-Affäre ist ein vielsagendes Beispiel. Egal wie plump das amerikanische Verhalten gewesen sein mag, es ist schwer nachzuvollziehen, wie Deutschland Politiker hervorbringen kann, die einen Menschen wie einen Nationalhelden behandeln, der vom wichtigsten Verbündeten und Beschützer wegen schwerer Verbrechen angeklagt wird. Die Sympathie für Snowden offenbart eine Mentalität, die



Caro/Waechter [M] Handelsblatt

eher der eines eroberten Landes entspricht als einem der wichtigsten Verteidiger der westlichen Demokratie.

Angela Merkel argumentierte kürzlich, dass Deutschland als das „Amerika Europas“ lernen sollte, mit derartiger Kritik umzugehen. Das ist wahr, kann aber nur ein Teil der Antwort sein. Ein wichtiger Bestandteil des „Amerikaseins“ ist es, an das Wohlergehen der Gemeinschaft zu denken. Der Ärger über Deutschland kann in großen Teilen mit der offensichtlichen Unfähigkeit erklärt werden, in politischen Dimensionen zu denken, anstatt nur die unmittelbaren nationalen Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Verbündete schütteln immer wieder ihren Kopf, wenn deutsche Politiker ihren Unilateralismus immer wieder mit dem Trauma der Vergangenheit rechtfertigen - Krieg und Inflation. Führt überstürztes, einseitiges Handeln zur Erneuerung ihrer schrecklichen Vergangenheit ernerte?



Zum ersten Mal als Nationalstaat steht Deutschland auf der richtigen Seite. Es ist von Freunden umgeben und genießt den Schutz der größten Weltmacht.

Mit anderen Worten: Die Welt will von Deutschland genau das, was die deutsche Politik wohl nicht zu liefern in der Lage ist - dass Deutschland „erwachsen wird“ und mit der Großmut und dem Selbstvertrauen handelt, die vom wichtigsten Staat Europas so dringend benötigt werden.

Es darf keine Zeit vergeudet werden. Wenn der Westen in der globalisierten Zukunft erfolgreich sein will, dann ist eine Anpassung Deutschlands an die Ordnung des 21. Jahrhunderts so wichtig wie die im 20. Jahrhundert. Das Dilemma kann weder durch eine weitere Einschüchterung der Deutschen gelöst werden noch durch die Akzeptanz ihres Verständnisses von deutscher „Normalität“. Besser wäre es einzusehen, dass die Bedeutung Deutschlands so schnell gewachsen ist, dass zu wenig Zeit war, um das Land oder seine Partner auf diese schwierige Rolle vorzubereiten. Ironischerweise liegt ein Schlüssel zum Verständnis der deutschen Psyche in einer oft kritisierten Eigenschaft - der Zurückhaltung, die dem Land durch die Vergangenheit aufgedrückt wurde: Deutschland war jahrhundertlang damit beschäftigt, sich unter der Bedingung einer komplexen kulturellen und politischen Geografie zu einrichten. Und leidvoll musste es lernen, was es heißt, zu weit gegangen zu sein.

Doch solange Deutschland sich in seiner neuen Rolle nach dem Ende des Kalten Krieges nicht wohlfühlt, wird das Land auch nicht über die Kraft verfügen, die gezielten Fähigkeiten gemeinsam mit anderen einzusetzen. Es fehlt ihm noch an der Selbstsicherheit, in der von Risiken und Belohnungen gekennzeichneten Kultur einer globalisierten Welt frei aufzutreten.

Ein exzellentes Beispiel dafür, wie man sich auf die neuen Paradigmen einer global vernetzten Welt konzentriert, war 2007



Verbündete schütteln ungläubig den Kopf, wenn deutsche Politiker wieder ihren Unilateralismus mit den Traumata der Vergangenheit rechtfertigen.

global ausgerichteten atlantischen Partnerschaft in Wirtschafts- und besonders in Sicherheitsfragen nicht geklärt ist, dürften die Gespräche zum Freihandelsabkommen von Irritationen überschattet werden, wie sie sich etwa aus der NSA-Affäre ergeben haben. Es gibt einen außerordentlichen Bedarf an „ganz neuen Organisations- und Denkmustern“, wie sie Kurt Biedenkopf im Handelsblatt vom 4. Oktober angeregt hat.

Doch diese „ganz neuen Strukturen“ zu finden erfordert grundlegendes Nachdenken. Was wir nicht brauchen, ist noch ein EU-Gipfelpapier, das Ziele beschreibt, von denen sich die meisten Mitglieder doch längst verabschiedet haben.

Vor 50 Jahren reagierte die Nato auf die düstere Zeit nach dem Bau der Berliner Mauer, indem sie eine grundlegende Analyse der künftigen Aufgaben der Allianz anstieß. Dieses nach dem Vorsitzenden eines hochrangigen Männerklubs als Harmsel-Bericht benannte Papier stellte die Weichen für eine neue, gemischte Strategie, die die Bereitschaft zu einer starken Verteidigung mit der zu einem Ost-West-Dialog verband. Letztendlich führte diese Linie zur Wiedervereinigung Europas.

Eine solche Initiative mit einer Zielvorstellung für das 21. Jahrhundert zu wiederholen wird immer dringlicher. Deutschland stand im Mittelpunkt des 20. Jahrhunderts mit Krieg und Zusammenbruch. Im 21. Jahrhundert ist es das Zentrum eines atlantischen Bündnisses, dessen Einfluss über die ganze Erde reicht.

Deutschland wird nie eine Großmacht im herkömmlichen Sinne sein. Stattdessen könnte das Land aber etwas sehr viel Wichtigeres werden: ein integrierender Knotenpunkt für Informations- und Logistiknetze, die die eurasische Landmasse in eine multidimensionale Welt eingliedern.

Weder die USA noch Europa können es sich leisten, diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen zu lassen.

Der Autor war viele Jahre US-Botschafter in Deutschland. Sie erreichen ihn unter: gaustautor@handelsblatt.com